

Medienmitteilung

19.04.2016

Gegen «Grundeinkommen», für Partnerschaft

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes Basel hat die Parolen für die Abstimmungen vom 5. Juni 2016 gefasst. Er lehnt u.a. die Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» entschieden ab und setzt sich für das Engagement des Kantons BL an der Pensionskasse der Uni Basel ein.

Der Arbeitgeberverband Basel sagt klar NEIN zur realitätsfremden und wirtschaftsfeindlichen Initiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen». Dieses Volksbegehren setzt völlig falsche Anreize. Auf eidgenössischer Ebene lehnt der Arbeitgeberverband Basel auch die Initiative «Pro Service Public» ab, befürwortet aber die Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes.

Bei den Abstimmungsvorlagen im Kanton Basel-Stadt sagt der Arbeitgeberverband Basel NEIN zum viel zu teuren Neubau des Amts für Umwelt und Energie, JA zur Totalrevision des BKB-Gesetzes und JA zur Änderung des BVB-Organisationsgesetzes.

Bei den Abstimmungsvorlagen im Kanton Basel-Landschaft macht sich der Arbeitgeberverband stark für die Beteiligung an der Pensionskassengesetz-Reform der Universität Basel. Das dagegen ergriffene Referendum gefährdet die bikantonale Partnerschaft. Im Weiteren lehnt der Verband die Initiativen zum «Lehrplan 21» und «Verzicht auf kostentreibende Sammelfächer» ab, befürwortet aber die Änderung des Bildungsgesetzes aufgrund der nichtformulierten Volksinitiative «Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere». JA sagt er auch zur Verfassungsinitiative «Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung».

Zu den übrigen Abstimmungsvorlagen vom 5.Juni 2016 hat der Arbeitgeberverband Basel keine Parolen beschlossen.

Der Arbeitgeberverband Basel vertritt die Interessen der Arbeitgeber im Wirtschaftsraum Nordwestschweiz. Mit über 2'400 Firmenmitgliedern und 19 Verbänden als Kollektivmitglieder ist er einer der grössten regionalen Arbeitgeber-Dachverbände der Schweiz.

Weitere Informationen:

Barbara Gutzwiller, Direktorin Arbeitgeberverband Basel, 061 205 96 00

Übersicht Parolen Arbeitgeberverband Basel

Abstimmungen vom 5. Juni 2016

Bund:

Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»: NEIN
Volksinitiative «Pro Service public»: NEIN
Änderung des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (Fortpflanzungsmedizingesetz, FMedG): JA
Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung»: <i>keine Parole</i>
Änderung des Asylgesetzes (AsylG): <i>keine Parole</i>

Kanton BS:

Grossratsbeschluss betreffend Neubau Amt für Umwelt und Energie: NEIN
Grossratsbeschluss betreffend Totalrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank (Bankgesetz): JA
Grossratsbeschluss betreffend Änderung des Organisationsgesetzes der Basler Verkehrs-Betriebe (BVB-OG): JA

Kanton BL:

Landratsbeschluss betreffend Universität Basel; Umsetzung der Pensionskassengesetz (PKG)-Reform beim Vorsorgewerk der Universität Basel in der Pensionskasse des Kantons Basel-Stadt; Sicherung der Umsetzung der Strategie der Universität; Zusatzfinanzierung 2017 bis 2021; partnerschaftliches Geschäft: JA
Änderung des Bildungsgesetzes (Parlamentarische Initiative «Einführung Lehrplan 21»): NEIN
Änderung des Bildungsgesetzes (Parlamentarische Initiative «Verzicht auf kosten-treibende Sammelfächer»): NEIN
Änderung vom 28. Januar 2016 des Bildungsgesetzes aufgrund der nichtformulierten Volksinitiative «Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere»: JA
Formulierte Verfassungsinitiative «Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung»: JA
Änderung des Gesetzes über die Organisation der Gerichte (Gerichtsorganisationsgesetz): <i>keine Parole</i>